

Bürgerinitiative ist eingeladen

Salzwedel (ht). Die Bürgerinitiative (BI) „Kein CO₂-Endlager Altmark“ ist von der Anhörung zum CO₂-Speicher-Gesetzesentwurf im Bundeswirtschaftsministerium in Berlin eingeladen worden. Das teilte BI-Sprecher Lothar Lehmann mit. Am 27. August erhalten Verbände die Möglichkeit, Stellung zum Gesetzesentwurf zu beziehen. Den Altmärkern sei stattdessen ein separates Gespräch mit Ministerialrat Diethard Mager angeboten worden.

Für die BI zeige das Vorgehen, dass das Bundeswirtschaftsministerium die Offenlegung brisanter Inhalte des Speichergesetzes scheue, so Lehmann. Er verweist dabei auf den Paragraphen 37 des Gesetzes, der Forschungsspeicher – bis maximal 100 000

Tonnen CO₂ – von Sicherheitsauflagen wie dem Nachweis der Langzeitsicherheit befreit. Ein Paragraph, der auf das Vorhaben des Betreibers des altmärkischen Erdgasfeldes GDF Suez zugeschnitten ist.

Die Bürgerinitiative weist ferner darauf hin, dass nur ein Tag nach dem Vorstellen des CO₂-Gesetzes das Bundesforschungsministerium das Förderprogramm zur „Geologischen Speicherung von CO₂“ vorgestellt hat. Danach sind Fördergelder unter anderem für Forschungen zu „Interventionsstrategien zum Beispiel gegen Undichtigkeiten bei alten oder neuen Bohrlöchern bei Kontaminationen im Grundwasser und im Falle einer Reaktivierung von Störungen durch die CO₂-Injektion“ vorgesehen.